

SITZUNG VOM

3. Februar 1997

PROTOKOLL

der 30. Sitzung

Datum: Montag, 3. Februar 1997
Zeit: 19.00 bis 20.45 Uhr
Ort: Singsaal Lättenwiesen
Vorsitz: Ratspräsident Peter Bühler
Protokoll: Roger Würsch
Anwesend: 32 Mitglieder
Abwesend: Patricia Condoleo (Krankheit)
Desirée Hanimägi (Ferien)
Beat Künzli (Krankheit)
Hans Zolliker (Ferien)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 28. Sitzung vom 2. Dezember 1996
3. Protokoll der 29. Sitzung vom 9. Dezember 1996
4. Information von Stadtrat Walter Epli über die Energieplanung der Stadt Opfikon
5. Motion Guido Uboldi und Mitunterzeichnende "Austritt aus dem Flughafen Schutzverband (SBFZ)" - Begründung
6. Motion Werner Brühlmann und Mitunterzeichnende "Restriktivere Bestimmungen über "Gebundene Ausgaben" - Änderung der Gemeindeordnung" - Überweisung
7. Interpellation Kurt Schwaighofer "Lärmbelastung durch den Flugverkehr" - Kenntnisnahme der Beantwortung durch den Stadtrat
8. Änderung der Entschädigungsverordnung (EVO)



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

1. Mitteilungen**1.1 Personelles****V 4.3.1**

Ratspräsident Peter Bühler gratuliert Stadtrat Karl Pfister zu seinen 2x35 Jahren. Er wünscht ihm auch in Zukunft viel Erfolg bei seinem Hobby, dem Fischen. Für die Stadt Opfikon hofft Peter Bühler, dass es Karl Pfister gelingt, einen finanziell interessanten "Fisch" an Land zu ziehen.

Stadtrat David Häne hat sich für diese Sitzung entschuldigt, da keine Geschäfte des Bauamtes anstehen.

Der Weibel, Otto Bucher, ist wegen einer Fussoperation während 3 bis 4 Monaten rekonvaleszent. Peter Bühler wünscht ihm eine gute Besserung.

1.2 Stimmzählung**V 4.3.1**

Stimmzählerin Desirée Hanimägi ist in den Ferien. Alois Steiner zählt heute die Stimmen der NIO, SP, CVP, EVP, des LdU und des GV. Guido Uboldi diejenigen der SVP, FDP, FP und des Büros.

1.3 Sanierung Dammstrasse, Gebundenheit des Kredites**K 1.1.3 / S 4.3**

Ratspräsident Peter Bühler bittet die Fraktionen, die Gelegenheit zur Stellungnahme beim Bezirksrat wahrzunehmen und diese dem Büro Gemeinderat schriftlich bis zur nächsten Sitzung einzureichen.

1.4 Allgemeines**V 4.3.1**

Folgende Unterlagen waren in der Aktenuflage einsehbar:

- Protokoll der 28. Bürositzung vom 20. Januar 1997
- Geschäftsliste per 21. Januar 1997
- SR-Beschl.-Nr. 422 - ZGF, Weisung für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen
- SR-Beschl.-Nr. 428 - Anschlussgebühren Ambassador, Stellungnahme SR, Information
- SR-Beschl.-Nr. 431 - Sanierung Kanalisation Rietgrabenstrasse, Projekt, Kredit
- SR-Beschl.-Nr. 432 - Sanierung Dammstrasse, Antrag an Bezirksrat
- Neujahrskarte des Stadtrates
- Langfristiges Konzept zum Ausbau der öffentlichen Sportanlagen für die Stadt Opfikon
- Einladung der Stadtmusik zur Uniformenweihe am 5. April 1997
- Schreiben LV an Werner Wildhaber in Regensdorf
- Traktandum 6/97, 7/97 und 8/97



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

2. Protokoli der 28. Sitzung vom 2. Dezember 1996

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Protokoll der 29. Sitzung vom 9. Dezember 1996

Änderungen/Ergänzungen/Kommentare zum Protokoll:

Werner Brühlmann (FDP); S. 354, erste Zahl.

Diese muss -Fr. 550'000.-- heissen (nicht -Fr. 1'550'000.--). Die Zahl wurde vom Ratssekretär im Originalprotokoll korrigiert.

Werner Brühlmann (FDP); S. 359, Sozialamt.

Es fehlt:

4530.3620.00	Jugendschutz	+Fr. 53'000.--
	Beitrag an Jugendsekretariat infolge Volksabstimmung vom 2.12.96.	

Werner Erni (FDP); Allgemein.

Es fehlt der Hinweis, dass das Beratungspapier der RPK zur Budgetdebatte integrierter Bestandteil zu diesem Protokoll ist.

Christian Grasser (NIO); S. 356.

Er hat, im Namen der NIO, kein genereller Gegenantrag zu den RPK-Anträgen gestellt sondern nur festgestellt, dass die NIO gegen diese linearen Kürzungen ist und sich deshalb der Stimme enthalten wird.

Das Protokoll wird mit diesen Ergänzungen genehmigt und verdankt.

4. Information von Stadtrat Walter Epli über die Energieplanung S 2.3.4

Stadtrat Walter Epli und Projektleiterin G. Togni vom Ingenieurbüro Gruenberg & Partner informieren den Gemeinderat über die Energieplanung der Stadt Opfikon. In einem ersten Teil äussert sich Stadtrat Walter Epli über Ablauf dieser Planung (Begleitgruppe, Umfang der Energieplanung und Zielsetzungen bis 2005). In einem zweiten Teil präsentiert Frau G. Togni die Resultate des Energieplanes (1. Energieverbrauch / Energiesituation; 2. Potential von Opfikon; 3. Zuordnung der Potentiale). Als letzter Teil erklärt Walter Epli die Empfehlungen aus dem Energieplan. Im Anschluss an diese Präsentation werden Fragen aus dem Rat beantwortet.



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

5. **Motion Guido Uboldi und Mitunterzeichnende "Austritt aus dem Flughafen Schutzverband (SBFZ)" - Begründung** V 4.6
-

Als Erstunterzeichner begründet Guido Uboldi (FPS) die oben erwähnte Motion. Die Begründung liegt schriftlich vor und kann in der Aktenaufgabe eingesehen werden. Gemäss Art. 41 der Geschäftsordnung des Gemeinderates hat der Stadtrat bis zur Sitzung im März 1997 zu erklären, ob er bereit ist, die Motion entgegzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen.

6. **Motion Werner Brühlmann und Mitunterzeichnende "Präzisierende Bestimmungen über "Gebundene Ausgaben" - Änderung der Gemeindeordnung" - Begründung** F 4.3.3
-

Der Erstunterzeichnende der Motion, Werner Brühlmann (FDP), äussert sich zum Ablehnungsantrag des Stadtrates, welcher schriftlich vorliegt. In seiner Begründung vom 2. Dezember 1996 hat Werner Brühlmann erklärt, dass die Motionäre verlangen, dass in der Gemeindeordnung eine Präzisierung über gebundene Ausgaben aufgenommen wird. Die Stellungnahme der Direktion des Innern sagt lediglich aus, dass gegenüber dem geltenden, kantonalen Recht keine verschärften Bestimmungen erlassen werden dürfen. Dieses Ziel kann man dem Motionstext unterstellen. Der Stadtrat kann durchaus dafür sorgen, dass mit einer präzisierenden Ergänzung in der Gemeindeordnung und allen nachgeordneten Verordnungen, das kantonale Recht nicht beschnitten wird. Um dem Stadtrat die Entgegennahme zu erleichtern, verzichtet Werner Brühlmann auf die Worte "und restriktivere" im Motionstext und im Titel kann das Wort "Restriktivere" in "Präzisierende" umgewandelt werden. Er beantragt, die Motion zu überweisen.

Mitunterzeichner Kurt Schwaighofer (CVP) ist etwas enttäuscht über den Ablehnungsantrag des Stadtrates. Er hofft, dass diese Motion als Chance erachtet wird, einen weiteren Abnutzungskrieg über dieses Thema zu verhindern, Hand zu einer Lösung zu bieten und die Zusammenarbeit zu fördern. Auch er bittet um Überweisung der Motion.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger erklärt, dass der Stadtrat trotz den Wortänderungen in der Motion gegen eine Überweisung ist, da die Lage klar ist. In § 28 der Finanzverordnung der Stadt Opfikon ist der Begriff der "Gebundenen Ausgabe" bereits präzisierender umschrieben. Zudem ist das Verfahren beim Voranschlag und bei der Ablehnung eines Postens in demselben klar definiert. Der Stadtrat sieht nicht ein, was zusätzlich gemacht werden soll. Es sollte vielmehr das Gespräch zwischen Gemeinderat und Stadtrat gefördert werden, als weitere Einschränkungen zu definieren. Der Stadtrat beantragt Nichtüberweisung der Motion.



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

Charles Kulli, Sprecher der EVP/GV-Fraktion, zeigt sich erstaunt über diese Motion. Dieselben Kreise, welche immer von Deregulierung sprechen, wollen jetzt eine "Mehrregulierung". Die Lage um die "Gebundenen Ausgaben" ist klar. Die Fraktion setzt sich für Nichtüberweisen ein.

Philippe Burkhardt (NIO-Fraktion), unterstützt ebenfalls den stadträtlichen Antrag. Die Motion ist ein weiteres Misstrauensvotum gegenüber dem Stadtrat und führt nicht zu Verbesserungen und somit auch nicht zu mehr Konstruktivität.

In der Abstimmung beschliesst der Gemeinderat mit 17:14 Stimmen, die Überweisung der Motion an den Stadtrat.

6. Motion Werner Brühlmann und Mitunterzeichnende "Präzisierende Bestimmungen über "Gebundene Ausgaben" - Änderung der Gemeindeordnung" - Begründung F 4.3.3
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 10. Dezember 1996 und den Äusserungen der Motinäre, sowie der heutigen Beratungen -

BESCHLIESST:

1. Die Motion wird an den Stadtrat zur Bearbeitung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat bis zum 3. Februar 1998 einen schriftlichen und begründeten Antrag einzureichen.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Finanzverwaltung
 - Substitut



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

7. **Interpellation Kurt Schwaighofer "Lärmbelastung durch den Flugverkehr" - Kenntnisnahme der Beantwortung durch den Stadtrat** U 1.1.2

Der Stadtrat will sich nicht zur Antwort äussern.

Der Interpellant Kurt Schwaighofer (CVP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche und termingerechte Beantwortung seines Vorstosses. Die Antwort zeigt gute Ansätze, befriedigt ihn in Teilpunkten jedoch nicht ganz. **Deshalb beantragt er dem Gemeinderat Diskussion über die Antwort des Stadtrates.**

Es wird kein Gegenantrag gestellt. Die Diskussion ist somit beschlossen.

Kurt Schwaighofer äussert sich in der Folge über die einzelnen Punkte der Beantwortung:

Pkt. 1: Mit Beantwortung einverstanden.

Pkt. 2: Vorwärtsstrategie wird vermisst. Eine Entschädigung für die Wertverminderung der Liegenschaften (auch unbebaute) und Gebäude sollte eingefordert werden. Der heutige Miet- und der Eigenmietwert sind in Frage gestellt. Dies hat auch Einfluss auf das Steueraufkommen. Ein Experte sollte anhand von Schätzungen den Streitwert festlegen, danach sollte bei Gericht eine vorsorgliche Entschädigungsklage eingereicht werden.

Pkt. 3: Die Antwort befriedigt nicht. Das Potential für Veränderungen ist nur noch gering. Die Verlängerung der Piste nach Norden bleibt noch. Es kann nicht Frage sein, ob eine zusätzliche Lärmbelastung resultiert. Dies ist so sicher wie das Amen im Gebet. Der Bund wird verfügen und wir werden nicht einmal die Möglichkeit einer Vernehmlassung haben. Ist dieses Verhalten überhaupt rechtlich haltbar? Die Flugbewegungen einzufrieren bedeutet für Opfikon eine Stabilisierung der Lärmbelastung. Diesem wesentliche Punkt muss der Stadtrat Beachtung schenken.

Pkt. 4: Mit Beantwortung einverstanden.

Pkt. 5: Das weitere Vorgehen des Stadtrates ist wenig griffig. Eine Strafrechtsklage wegen Gefährdung der Gesundheit müsste eingereicht werden. Wenn ein Industriebetrieb die Gesundheit gefährdet wird er auch eingeklagt. Wieso soll da der Flughafen eine Ausnahme sein. Vom Stadtrat werden Schritte erwartet.

Pkt. 6: Mit dem Vorgehen bei Pkt. 5 ist auch der Pkt. 6 behandelt.

Zum Schluss zitiert Kurt Schwaighofer die Lärmschutzverordnung, Kapitel 1: "Diese Verordnung soll vor schädlichem und lästigem Lärm schützen." Er bittet den Stadtrat dafür zu sorgen, dass diese Verordnung nicht nur Makulatur bleibt.

Valentin Perego (FDP) erklärt, dass Punkt 3 des Stadtratsbeschlusses unnötig ist. Eine Interpellation ist nicht abzuschreiben.



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

Christian Grasser (NIO) zeigt sich enttäuscht von der Antwort des Stadtrates. Der Stadtrat äussert sich zwar klar gegen mehr Fluglärm, erreicht hat er jedoch noch gar nichts. Diese Beantwortung der Interpellation erachtet Christian Grasser als reine Augenwischerei. Der Stadtrat äussert sich völlig unverbindlich und vertröstet auf das nächste Jahrhundert. Die NIO erwartet klare Ziele mit einer klaren Terminplanung, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Die Bevölkerung hat ihren Unmut klar ausgedrückt und fordert vom Stadtrat ein entsprechendes, entschlossenes Handeln.

8. Änderung der Entschädigungsverordnung (EVO)

P 1.3

Im Namen des Büros des Gemeinderates äussert sich Daniel Trachsler über die Vorgehensweise bei der Beratung dieses Geschäftes. Da die Impulse zu dieser Änderung aus der RPK anlässlich der Budgetsitzung gekommen sind, war das Büro der Ansicht, dass das Geschäft nicht mehr extra der RPK zur Beratung übergeben werden muss. Das Büro hat, auch um den Prozess zu beschleunigen, das Geschäft selber vorberaten und unterstützt den Antrag des Stadtrates im Wesentlichen. Hingegen ist das Büro einstimmig (6:0) der Ansicht, dass die Änderung nicht auf ein Jahr befristet, sondern unbefristet sein soll.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger vertritt vehement den Antrag des Stadtrates. Da es sich hier um eine Entschädigung und nicht um einen Lohn handelt, ist die EVO auch etwas anders zu handhaben. Wenn auch in Zukunft gute Leute für die politische Mitarbeit in der Gemeinde gefunden werden sollen, muss auch eine ordentliche Entschädigung ausgerichtet werden. Die Ansprüche an jedes Behördenmitglied ist gestiegen und der Druck der Arbeitgeber auf diese Behördenmitglieder wird ebenfalls grösser. Ein Vergleich mit einigen Zürcher Gemeinden zeigt, dass die Entschädigungen der Stadt Opfikon eher an der unteren Grenze zu finden sind. Er bittet den stadträtlichen Antrag zu unterstützen.

Die folgenden Sprecherinnen und Sprecher (Werner Brühlmann, FDP; Regina Bühler, SVP; Markus Mendelin, Schulpräsident; Valentin Perego, FDP) teilen alle die Ansicht des Stadtrates und unterstützen dessen Antrag. Valentin Perego regt zudem an, dass eine Revision der EVO ins Auge gefasst werden müsste, wenn die Entschädigung in Opfikon nicht mehr zeitgemäss ist. Je nach Situation kann auch 1998 wieder über die EVO diskutiert werden.

Guido Uboldi (FP) wehrt sich für das Büro. Seiner Meinung nach ist Solidarität gefordert. Wenn sich die Lohnsituation ändert, kann auch die Situation der EVO jederzeit wieder angepasst werden.



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

Charles Kulli (EVP/GV-Fraktion) glaubt, dass das Büro die Geschäftsordnung mit seinem Vorgehen etwas arg strapaziert ist. Er vermisst die Vorberatung in der RPK. Grundsätzlich ist die Fraktion gegen eine Kürzung der EVO (auch nicht befristet). **Daher stellt Charles Kulli den Antrag, dass die EVO nicht zu ändern ist.**

In einer ersten Abstimmung stimmt der Gemeinderat mit grossem Mehr einer befristeten Kürzung der EVO zu. In einer zweiten Abstimmung wird der Antrag der EVP/GV-Fraktion, keine Kürzung vorzunehmen, ebenfalls mit grossem Mehr abgewiesen.

8. Änderung der Entschädigungsverordnung (EVO)

P 1.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 14. Januar 1997 und des Büros des Gemeinderates vom 20. Januar 1997 -

BESCHLIESST:

1. Die Positionen unter Art. 2, Art. 4 und Art. 5 der Entschädigungsverordnung der Behörden, Kommissionen und Funktionäre werden im Sinne einer einmaligen Massnahme für die Dauer vom 1.1.1997 bis 31.12.1997 um 5 % gekürzt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Schulpflege
 - Fürsorgebehörde
 - Vormundschaftsbehörde
 - Werkkommission
 - Gesundheitskommission
 - Feuerwehrkommission
 - Zivilschutzkommission
 - Baukommission
 - Abteilungsleiter
 - Finanzverwaltung



SITZUNG VOM

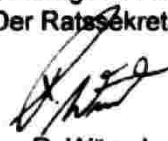
3. Februar 1997

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Peter Bührer macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 4. Februar 1997

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch



SITZUNG VOM

3. Februar 1997

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:

P. Buser

7.2.97

Der 1. Vizepräsident:

H. Meyer

6.2.97

Der 2. Vizepräsident:

J. Trachter

14.2.97

c/grprot30

